

**BERLIN - INTERN
DER INFOBRIEF**



der
LANDESGRUPPE BRANDENBURG
der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Mitglieder: Michael Stübgen, MdB (Vorsitzender der Landesgruppe)
Jens Koeppen, MdB (Stellvertretender Vorsitzender)
Uwe Feiler, MdB
Hans-Georg von der Marwitz, MdB
Martin Patzelt, MdB
Jana Schimke, MdB
Dr. Klaus-Peter Schulze, MdB
Sebastian Steineke, MdB
Dr. Dietlind Tiemann, MdB

Nr. 46 / 2017 (17. November 2017)

Inhaltsverzeichnis:

1. Vorwort des Landesgruppenvorsitzenden
2. Die wirtschaftliche Lage im November 2017
3. Gute Entwicklung der Erwerbstätigkeit hält an
4. Haushalt der Bundesagentur für Arbeit für 2018
5. Jetzt Riester-Zulagen für 2015 beantragen
6. Kurz notiert

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

die Sondierungsverhandlungen zur Bildung einer Jamaika-Koalition gestalten sich weiter schwierig, so dass ich Ihnen heute nicht wie nach dem ursprünglichen Zeitplan avisiert, das Verhandlungsergebnis mitteilen kann. Es bleibt abzuwarten, ob in den nächsten Stunden bzw. Tagen eine Einigung erzielt werden kann.

Ihr

Michael Stübgen, MdB
Landesgruppenvorsitzender

2. Die wirtschaftliche Lage im November 2017

Die deutsche Wirtschaft hat ihren kräftigen Aufschwung auch im dritten Vierteljahr 2017 fortgesetzt. Das Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,8 Prozent. Im zweiten Quartal hatte die gesamtwirtschaftliche Leistung um 0,6 Prozent und im ersten Quartal nochmals aufwärtsrevidiert sogar um 0,9 Prozent zugenommen. Wesentliche Impulse für den dynamischen Aufschwung kommen von der wieder stärker wachsenden globalen Nachfrage nach Industriegütern. Daher sind im dritten Quartal nachfrageseitig wichtige Wachstumsbeiträge vom Außenhandel und von den Investitionen gekommen. Entsprechend dürfte insbesondere das Verarbeitende Gewerbe seine Produktion kräftig ausgeweitet haben. Die Indikatoren deuten auf eine rege Fortsetzung des Aufschwungs im Jahresschlussquartal hin. Das Geschäftsklima sowohl in der gewerblichen Wirtschaft als auch bei den Dienstleistungen ist rekordverdächtig gut. Die Bauwirtschaft arbeitet nahe an ihrer Kapazitätsgrenze, die Auftragslage im Verarbeitenden Gewerbe wird immer besser und der Beschäftigungsaufbau insbesondere in den Dienstleistungsbereichen nimmt kein Ende. Zudem hat die Unsicherheit in der Wirtschaft weiter abgenommen.

Das Expansionstempo der Weltwirtschaft hat im laufenden Jahr an Fahrt gewonnen. Die globalen Stimmungsindikatoren signalisieren einen zunehmenden Optimismus. Die weltweite Industrieproduktion nahm nach einem leichten Rückgang im August weiter zu und setzte damit ihre aufwärtsgerichtete Entwicklung fort. Zuletzt lag sie um 3,8 Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Die Dynamik in den asiatischen Schwellenländern ist hoch, aber vor allem die Konjunktur in den entwickelten Volkswirtschaften belebte sich. Der konjunkturelle Aufschwung des Euroraums behielt die hohe Dynamik des zweiten Quartals auch im dritten Vierteljahr mit einem Zuwachs um 0,6 Prozent nahezu bei. Gleiches gilt für die Vereinigten Staaten, in denen das BIP im dritten Quartal um 0,7 Prozent expandierte. Die japanische Wirtschaft hatte im zweiten Quartal merklich zugelegt. Von den Schwellenländern verzeichnete China wieder eine gleichmäßigere wirtschaftliche Entwicklung. Alles in allem ist somit davon auszugehen, dass das Wachstum der Weltwirtschaft in diesem Jahr deutlich höher ausfällt als im Vorjahr.

Nach der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank gingen die Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen im September 2017 in jeweiligen Preisen zwar um 2,2 Prozent gegenüber dem Vormonat zurück. Im Quartalsvergleich erhöhten sie sich hingegen um 1,2 Prozent. Die Einfuhren verringerten sich im September weniger stark um 1,8 Prozent. Im Quartalsvergleich nahmen sie weniger stark als die Ausfuhren um 0,2 Prozent zu. Der seit Jahresbeginn kumulierte Leistungsbilanzüberschuss liegt immer noch spürbar niedriger als ein Jahr zuvor. Die positiven Signale der nationalen Indikatoren zur Außenwirtschaft sowie die weltwirtschaftliche Belebung lassen trotz eines stärkeren Euros eine weitere Expansion der deutschen Exporte erwarten. Aufgrund der starken Binnennachfrage und den damit einhergehenden Importzuwächsen wird der Außenbeitrag in diesem Jahr voraussichtlich dennoch wachstumsneutral ausfallen.

Die Industriekonjunktur blieb im Herbst sehr dynamisch. Gegenüber dem ohnehin starken ersten Halbjahr hat sich das Expansionstempo sogar noch etwas beschleunigt. Im dritten Quartal legten sowohl die Industrieproduktion als auch die Umsätze um 1,7 Prozent zu. Der Aufschwung erstreckt sich über nahezu alle Industriezweige und steht damit auf einem breiten Fundament. Die Auftragseingänge, die mit einem Anstieg von 3,6 Prozent im dritten Quartal sehr kräftig ausfielen, aber auch das gute Geschäftsklima signalisieren eine Fortsetzung der positiven Entwicklung. Trotz weiterhin niedriger Zinsen ging die Bauproduktion ausgehend vom hohen Produktionsniveau zu Jahresbeginn im dritten Quartal um 1,0 Prozent zurück. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die Bauwirtschaft nahe ihrer Kapazitätsgrenzen bewegt. Umfragen des ifo Instituts deuten darauf hin, dass ein Mangel an Arbeitskräften immer mehr Bauunternehmen an der Ausführung ihrer Aufträge hindert.

Der private Konsum war im ersten Halbjahr ein wesentlicher Wachstumsträger. Im dritten Quartal dürfte er sich vorübergehend etwas ruhiger entwickelt haben. Die Umsätze im Einzelhandel haben im September (+0,5 Prozent) nach schwächeren Daten in den Ferienmonaten wieder etwas angezogen, so dass im dritten Quartal (+0,3 Prozent) nur noch ein leichtes Umsatzplus erreicht wurde. Die Umsätze im Kfz-Handel, die bis August vorliegen, stiegen nur um 0,2 Prozent nach einem Rückgang im Juli um 1,0 Prozent. Das ifo Geschäftsklima

für den Einzelhandel hatte sich daher im dritten Quartal vorübergehend merklich abgekühlt. Im Oktober waren die Einzelhändler dann aber wieder sehr viel besser gestimmt. Das Konsumklima der Verbraucher ist weiterhin ungetrübt positiv, obwohl die Verbraucherpreise auf Jahressicht im Oktober um 1,6 Prozent zulegen.

Die Situation und die Aussichten am Arbeitsmarkt sind weiterhin positiv. Die Erwerbstätigkeit wächst um Saisoneinflüsse bereinigt seit dem zweiten Quartal etwas moderater als im letzten Winterhalbjahr, im September um 41.000 Personen. Damit waren im September rund 650.000 Personen mehr erwerbstätig als ein Jahr zuvor. Die Entwicklung bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung verläuft sogar noch dynamischer. Sie stieg im August, bereinigt um die Saisoneinflüsse, um 74.000 Personen. Die einschlägigen Frühindikatoren von BA, ifo und IAB signalisieren eine anhaltend hohe Nachfrage nach Arbeitskräften in weiten Teilen der Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung sind im Oktober saisonbereinigt jeweils um 11.000 Personen zurückgegangen. Nach Ursprungszahlen sank die Arbeitslosigkeit auf 2,39 Mio. Personen, den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit dürfte sich fortsetzen; er könnte jedoch etwas schleppender verlaufen, weil Personen mit Migrationshintergrund nach dem Abschluss von Integrations- und Sprachkursen nicht sofort auf dem Arbeitsmarkt Erfolg haben. Zudem bleiben weitere Herausforderungen, wie die Eindämmung der Langzeitarbeitslosigkeit und die höhere Arbeitslosigkeit in strukturschwachen Gebieten, bestehen.

3. Gute Entwicklung der Erwerbstätigkeit hält an

Im dritten Quartal 2017 waren nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes 44,5 Millionen Personen mit Arbeitsort in Deutschland erwerbstätig. Im Vergleich zum dritten Quartal 2016 wuchs die Zahl der Erwerbstätigen um 668.000 Personen oder 1,5 %. Auch im ersten und zweiten Quartal 2017 hatten die Zuwachsraten im Vorjahresvergleich jeweils 1,5 % betragen.

Gegenüber dem zweiten Quartal 2017 erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im dritten Quartal 2017 um 275.000 Personen (+ 0,6 %). Eine Zunahme der Erwerbstätigkeit ist im dritten Quartal eines Jahres saisonal üblich. Sie war im dritten Quartal 2017 jedoch höher als im Durchschnitt der letzten fünf Jahre (+ 261.000 Personen). Saisonbereinigt, das heißt nach rechnerischer Ausschaltung jahreszeitlich bedingter Schwankungen, ergab sich im dritten Quartal 2017 ein Zuwachs gegenüber dem Vorquartal von 133.000 Personen (+ 0,3 %).

Der Anstieg der Gesamterwerbstätigenzahl gegenüber dem Vorjahresquartal entfiel im dritten Quartal 2017 überwiegend auf die Dienstleistungsbereiche. Die größten absoluten Beschäftigungsgewinne gab es im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit mit + 207.000 Personen (+ 1,9 %), gefolgt von den Unternehmensdienstleistern mit + 159.000 Personen (+ 2,7 %) sowie Handel, Verkehr, Gastgewerbe mit + 128.000 Personen (+ 1,3 %). Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) stieg die Zahl der Erwerbstätigen im dritten Quartal 2017 gegenüber dem Vorjahr um 69.000 Personen (+ 0,8 %), im Baugewerbe um 45.000 Personen (+ 1,8 %) sowie in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei um 3.000 Personen (+ 0,5 %). Nur im Bereich Finanz- und Versicherungsdienstleister sank sie im dritten Quartal 2017 um 20.000 Personen (- 1,7 %).

Die Zahl der Arbeitnehmer erhöhte sich im dritten Quartal 2017 im Vergleich zum dritten Quartal 2016 um 694.000 (+ 1,8 %) auf 40,175 Millionen Personen. Sie überstieg damit zum ersten Mal die 40-Millionen-Marke. Der Anstieg ist überwiegend auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zurückzuführen. Dieser Zuwachs hat die Rückgänge bei der marginalen Beschäftigung deutlich überkompensiert. Bei den Selbstständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger gab es im dritten Quartal 2017 gegenüber dem Vorjahresquartal einen Rückgang um 26.000 Personen (- 0,6 %) auf 4,325 Millionen. Die Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen sank nach ersten vorläufigen Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit im dritten Quartal 2017 im Vergleich zum dritten Quartal 2016 um 0,3 % auf 345,1 Stunden. Das

gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen – also das Produkt aus Erwerbstätigenzahl und geleisteten Stunden je Erwerbstätigen – erhöhte sich im selben Zeitraum um 1,3 % auf rund 15,4 Milliarden Stunden.

4. Haushalt der Bundesagentur für Arbeit 2018

Der Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit (BA) hat in dieser Woche den Haushalt für das Jahr 2018 beschlossen. Folgende Themen sind dem Verwaltungsrat und dem Vorstand der BA dabei besonders wichtig:

- a) Alle Menschen sollen die Chance haben, am Arbeitsmarkt integriert zu werden und beruflich aufsteigen zu können – unabhängig von Herkunft und Geschlecht. Dazu trägt die BA u. a. mit präventiver Beratung, Vermittlung, Weiterbildungsförderung und beruflicher Orientierung bei.
- b) Das Arbeits- und Fachkräfteangebot soll gesteigert werden. Ein wichtiger Schritt ist eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen, aber auch eine bessere Integration von Älteren und Menschen mit Behinderungen. Soweit nicht genügend Fachkräfte verfügbar sind, wird die BA auch international aktiv, um den Fachkräftebedarf zu decken.
- c) Arbeitslosigkeit, die sich von Generation zu Generation überträgt, muss durchbrochen werden. Durch eine verstärkte Förderung und präventive Maßnahmen sollen möglichst viele Übertritte in Langzeitarbeitslosigkeit vermieden werden.

Der Haushalt bietet dazu die finanziellen Rahmenbedingungen. Die wichtigsten Zahlen im Überblick:

Den Einnahmen von 39,0 Milliarden Euro stehen Gesamtausgaben von 36,4 Milliarden Euro gegenüber. Die Beitragseinnahmen als Hauptfinanzierungsquelle liegen mit 33,8 Milliarden Euro um 1,7 Milliarden Euro höher als im Vorjahr. Der Haushaltsplan sieht dank guter Arbeitsmarkt- und Konjunkturaussichten einen Überschuss von 2,5 Milliarden Euro vor.

Die gesamte aktive Arbeitsförderung umfasst ein Budget von 9,8 Milliarden Euro und liegt damit in etwa auf Vorjahresniveau. So wird für die Förderung der beruflichen Weiterbildung ein unverändert hohes Budget von 1,7 Milliarden Euro bereitgestellt, um notwendige und sinnvolle Weiterbildung unterstützen zu können – ob für arbeitslose oder beschäftigte Menschen. Das Budget für die Förderung der Teilhabe von behinderten Menschen am Arbeitsleben wird um 100 Millionen Euro auf 2,5 Milliarden Euro erhöht.

5. Jetzt Riester-Zulagen für 2015 beantragen

Riester-Sparer können die staatlichen Zulagen für 2015 noch bis zum 31. Dezember beantragen. Danach verfällt der Anspruch auf die Zulagen für 2015. Als Grundzulage erhalten Riester-Sparer vom Staat jährlich 154 Euro. Pro Kind kommen 300 Euro hinzu, für vor 2008 geborene Kinder 185 Euro. Für junge Leute bis 25 Jahre, die einen Riester-Vertrag neu abgeschlossen haben, gibt es einen einmaligen Sonderbonus von 200 Euro.

Diese staatlichen Zulagen müssen bei der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) beantragt werden. Das kann der Sparer jedes Jahr selbst machen, muss dann aber die Fristen beachten. Wer seine Zulagen automatisch erhalten will, kann einen Dauerzulagen-Antrag stellen. Dann beantragt der Anbieter der Riesterrente für den Sparer jedes Jahr die Zulage. In diesem Fall sollte der Sparer seinen Anbieter informieren, wenn sich zum Beispiel bei Einkommen, Kindergeld oder durch Arbeitslosigkeit etwas geändert hat.

Um die Zulagen in voller Höhe zu erhalten, muss der Sparer einen Eigenbetrag einzahlen. Das sind mindestens vier Prozent des Bruttoeinkommens des Vorjahres, abzüglich Zulagen, mindestens jedoch 60 Euro im Jahr. Wer sich noch in diesem Jahr für eine zusätzliche Altersvorsorge nach Riester entscheidet und den Eigenbetrag einzahlt, bekommt noch die Zulagen für das ganze Jahr 2017.

6. Kurz notiert

6.1. Bruttoinlandsprodukt im 3. Quartal 2017 um 0,8 % gestiegen

Das deutsche Wirtschaftswachstum steigt weiter kräftig: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im dritten Quartal 2017 – preis-, saison- und kalenderbereinigt – um 0,8 % höher als im zweiten Quartal 2017, teilt das Statistische Bundesamt mit. In der ersten Jahreshälfte 2017 war das BIP ebenfalls deutlich gestiegen, und zwar um 0,6 % im zweiten und 0,9 % im ersten Quartal. Positive Impulse kamen im Vorquartalsvergleich – preis-, saison- und kalenderbereinigt – unter anderem vom Außenhandel: Die Exporte legten im dritten Quartal 2017 stärker zu als die Importe. Dadurch hatte der Außenbeitrag (Exporte minus Importe) im Vorquartalsvergleich rein rechnerisch einen positiven Effekt auf das BIP. Während die staatlichen und privaten Konsumausgaben in etwa auf dem Niveau des Vorquartals lagen, trugen die Bruttoanlageinvestitionen positiv zum Wirtschaftswachstum bei. Insbesondere in Ausrüstungen wurde mehr investiert als ein Quartal zuvor. Auch im Vorjahresvergleich hat das Wirtschaftswachstum zugelegt: Das preisbereinigte BIP stieg im dritten Quartal 2017 um 2,3 % (kalenderbereinigt: 2,8 %), nach 1,0 % im zweiten (kalenderbereinigt: 2,3 %) und 3,4 % im ersten Quartal 2017 (kalenderbereinigt: 2,1 %). Die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal 2017 wurde von 44,5 Millionen Erwerbstätigen im Inland erbracht, das waren 668 000 Personen oder 1,5 % mehr als ein Jahr zuvor.

6.2. Primärenergieverbrauch steigt seit 2014 wieder leicht an

Den Energieverbrauch durch Energieeinsparung und höhere Energieeffizienz zu senken, ist neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien die zweite tragende Säule der Energiewende. Wie das Statistische Bundesamt anlässlich der derzeit stattfindenden Weltklimakonferenz in Bonn mitteilt, ist der Primärenergieverbrauch in Deutschland nach vorläufigen Zahlen seit dem Tiefststand im Jahr 2014 wieder leicht angestiegen, erreichte aber dennoch den viertniedrigsten Stand seit 1990. Insgesamt ist der Primärenergieverbrauch im Zeitraum von 1990 bis 2016 um 9,8 % gesunken. Der Primärenergieverbrauch unterliegt immer wieder deutlichen jährlichen Schwankungen, was unter anderem der konjunkturellen Entwicklung und den Witterungsverhältnissen zuzuschreiben ist.

Von 2008 bis 2016 ist der Primärenergieverbrauch insgesamt um 6,5 % zurückgegangen. Die Bundesregierung hat sich bis 2020 eine Reduktion um 20 % im Vergleich zum Jahr 2008 als Ziel gesetzt.

Auf internationaler Ebene hat die United Nations Economic Commission for Europe (UNECE) ein Indikatorenset mit Bezug zum Klimawandel entwickelt. Der Primärenergieverbrauch ist, als Indikator 1, Bestandteil dieses Indikatorensets. In Deutschland sind für insgesamt 17 der 39 Indikatoren Daten verfügbar. Das Indikatorenset zielt darauf ab, durch international vergleichbare Indikatoren die Ursachen, Folgen und Anpassungsmöglichkeiten des Klimawandels möglichst umfassend zu beleuchten und zu messen.

6.3. Klimaschutz mit 37,9 Milliarden Euro wichtigste Säule der Umweltschutzwirtschaft

Maßnahmen für den Umweltschutz verbessern nicht nur den Umweltzustand, sie sind auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Wie das Statistische Bundesamt anlässlich der derzeit stattfindenden Weltklimakonferenz in Bonn mitteilt, stellt in Deutschland der Klimaschutz die wichtigste wirtschaftliche Säule der Umweltschutzwirtschaft dar. So erwirtschafteten im Jahr 2015 die Betriebe des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors in Deutschland 37,9 Milliarden Euro mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Klimaschutz. Das entsprach 57,4 % des Gesamtumsatzes mit Umweltschutzgütern. Zu den Klimaschutzgütern zählen Güter und Leistungen, die der Verringerung oder Vermeidung von Treibhausgasemissionen, zur Nutzung erneuerbarer Energien oder zur Steigerung der Energieeffizienz und Energieeinsparung dienen. Rund die Hälfte der Umsätze mit Klimaschutzprodukten (19,8 Milliarden Euro beziehungsweise 52,2 %) wurden mit Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz erzielt, wozu unter anderem die energieeffiziente Antriebs- und Steuerungstechnik (8,6 Milliarden Euro) sowie die Wärmedämmung von Gebäuden (4,1 Milliarden Euro) zählt. Auf die Herstellung von Gütern zur Nutzung erneuerbarer Energien entfielen 16,5 Milliarden Euro beziehungsweise 43,6 % des Gesamtumsatzes der Klimaschutzbranche. Von hoher Relevanz sind hierbei die Umsätze aus der Herstellung und Installation von

Windkraftanlagen (10,0 Milliarden Euro) und mit Leistungen im Bereich Solarenergie (3,8 Milliarden Euro). Prozessintegrierte Maßnahmen zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen erzielten Umsätze in Höhe von 0,6 Milliarden Euro.

6.4. 4,3 % weniger Unternehmensinsolvenzen im August 2017

Im August 2017 meldeten die deutschen Amtsgerichte 1 712 Unternehmensinsolvenzen. Das waren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 4,3 % weniger als im August 2016. Im Wirtschaftsbereich Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen) gab es im August 2017 mit 331 Fällen die meisten Unternehmensinsolvenzen. 265 Insolvenzanträge stellten Unternehmen des Baugewerbes. Im Wirtschaftsbereich Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen wurden 219 Insolvenzanträge gemeldet. Die voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger aus beantragten Unternehmensinsolvenzen bezifferten die Amtsgerichte für August 2017 auf rund 4,5 Milliarden Euro. Im August 2016 hatten sie bei 1,7 Milliarden Euro gelegen. Dieser Anstieg der Forderungen bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist darauf zurückzuführen, dass die Gerichte im August 2017 mehr Insolvenzen von wirtschaftlich bedeutenden Unternehmen registriert hatten als im August 2016. Zusätzlich zu den Unternehmensinsolvenzen meldeten 8 240 übrige Schuldner im August 2017 Insolvenz an (- 3,8 % gegenüber dem Vorjahresmonat). Darunter waren 6 253 Insolvenzanträge von Verbrauchern und 1 660 Insolvenzanträge von ehemals selbstständig Tätigen, die ein Regel- beziehungsweise ein Verbraucherinsolvenzverfahren durchlaufen.

Redaktion: Uwe Schüler, Landesgruppenreferent